

Kohle

Ausstiegsgesetz auf den Weg gebracht

Die deutsche Braunkohleindustrie begrüßt die Verabschiedung des Kohleausstiegsgesetzes durch das Bundeskabinett. Die zwischen der Bundesregierung und Unternehmen der Braunkohleindustrie erforderliche Verständigung über die politisch gewünschte vorzeitige Beendigung der Braunkohleverstromung in Deutschland ist damit einen wichtigen Schritt vorangekommen. Der Gesetzentwurf über das Auslaufen der Gewinnung und Nutzung von Braunkohle sowie zur Stilllegung von Steinkohlekraftwerken entspreche weitgehend den Anfang 2019 verabschiedeten Empfehlungen der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB). „Mit dem Gesetzentwurf ist nun ein wichtiger Schritt zur Planungssicherheit für Unternehmen, Beschäftigte und Regionen gemacht,“ erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins (DEBRIV), Dr. Thorsten Diercks, in Berlin. Jetzt komme es darauf an, dieses Gesetz zügig im Parlament zu verabschieden sowie in einen öffentlich-rechtlichen Vertrag umzusetzen und damit Verlässlichkeit und Vertragstreue aller Beteiligten bei der Umsetzung in Kraftwerken und Tagebauen bis zum Zieldatum Ende 2038 sicherzustellen.

Die gesetzliche Umsetzung der KWSB-Empfehlungen führt gegenüber den bisherigen Planungen zum Vorziehen des Endes der Braunkohlegewinnung und -nutzung in Deutschland um etwa zehn Jahre. Diese Verkürzung stellt für Unternehmen, Beschäftigte und Reviere eine erhebliche Belastung dar und greift tief in die Planungen der Unternehmen, das soziale Gefüge der Regionen und die Wertschöpfung der Braunkohlereviere ein.

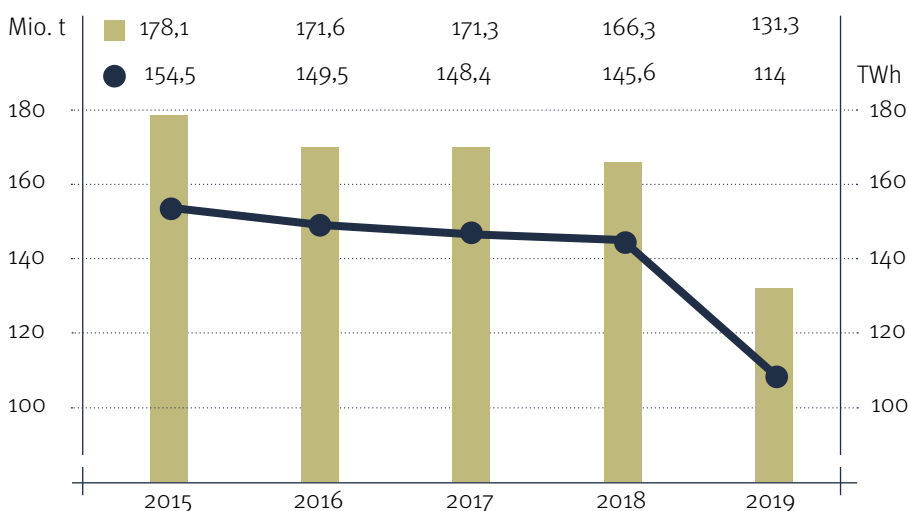
«Verlässlichkeit und Vertragstreue bei der Umsetzung»

DR. THORSTEN DIERCKS



Download
Entwurf Kohleausstiegsgesetz
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/G/gesetzentwurf-kohleausstiegsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=8

Braunkohlegewinnung ■ und Stromerzeugung ● aus Braunkohle in Deutschland 2015 - 2019 - in Mio. t und Terawattstunden (TWh)



Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft

„Mit dem Gesetz und der vorgesehenen vertraglichen Vereinbarung wird das schrittweise Auslaufen der Braunkohleverstromung in Deutschland abschließend geregelt,“ erklärte der DEBRIV-Hauptgeschäftsführer, „ein erneutes Aufschüren des Pakets oder weitere Belastungen der Betreiber darf es nicht geben.“

Ein noch schnelleres Ende der Kohlestromerzeugung in Deutschland wäre nach Einschätzung des Verbandes mit hohen Risiken für die sichere und wirtschaftliche Stromversorgung, den notwendigen Strukturwandel in den Revieren sowie für die energieintensiven Industrien in Deutschland verbunden. Braunkohlekraftwerke bleiben noch für viele Jahre ein zwar rückläufiger, aber dennoch unverzichtbarer Bestandteil einer sicheren und preiswerten Stromversorgung. Nach Verabschiedung des Kohleausstiegsgesetzes, so der DEBRIV, müssen sich die Unternehmen und die zuständigen Landesbehörden der notwendigen Anpassung der Revierkonzepte und Braunkohlepläne widmen, um ein geregeltes Auslaufen der Braunkohlegewinnung sicherzustellen.

Rheinland

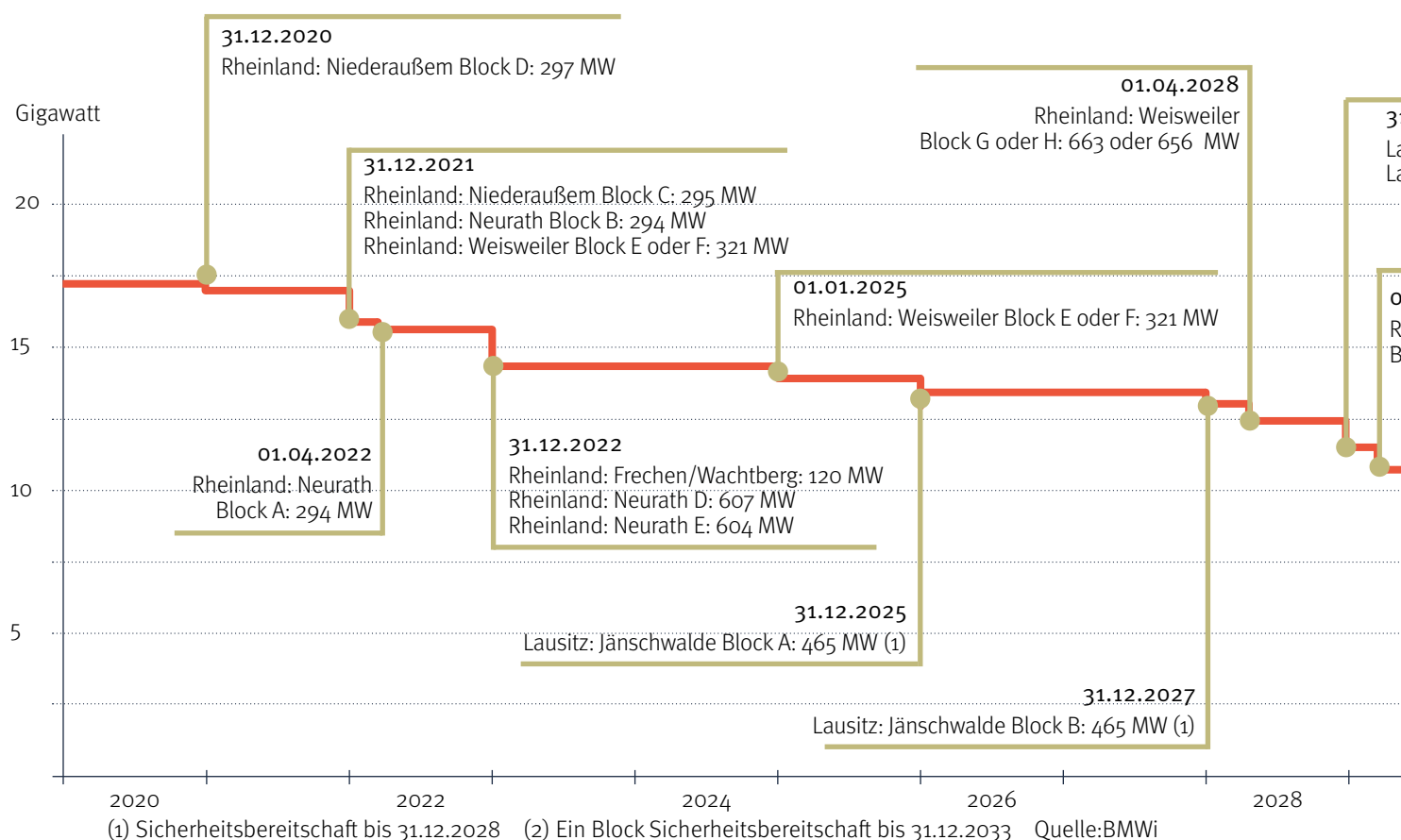
Stilllegungen an der Grenze des Machbaren

Im Rheinland werden deutlich mehr Kraftwerkskapazitäten in kürzerer Zeit vom Netz gehen als erwartet, erklärte der Vorstandsvorsitzende der RWE AG, Dr. Rolf Martin Schmitz, nach Vorstellung der Verständigung über den Kohleausstieg bis 2038. Das Rheinland werde weit über die ursprünglichen Erwartungen hinaus belastet, „um zur Befriedung eines gesellschaftlichen und politischen Konfliktes“ beizutragen. Es gehe um die Erreichung der Klimaziele, aber auch um Planungssicherheit für Unternehmen und Region, sagte Schmitz. Bis 2030 wird RWE zusätzlich zur bereits umgesetzten Sicherheitsbereitschaft rund 5 Gigawatt (GW) Kraftwerksleistung stilllegen. Der Tagebau Inden, der ausschließlich das



Link
<https://www.group.rwe/presse/rwe-ag/2020-01-16-rwe-geht-mit-verstaendigung-zum-kohleausstieg-bis-an-die-grenzen-des-machbaren>

Stilllegungspfad für die Braunkohlekraftwerke in Deutschland 2020 - 2038



Kraftwerk Weisweiler mit Kohle versorgt, wird rund fünf Jahre früher als geplant beendet. Die Kraftwerksstilllegungen haben zur Folge, dass insgesamt mehr als 1,1 Milliarden Tonnen Kohle, die bereits für den Abbau genehmigt waren, jetzt in der Erde bleiben.

Der Hambacher Wald soll erhalten bleiben. Auch der Tagebau Hambach muss deshalb vorzeitig beendet werden. Es bedarf einer grundlegend neuen Tagebauplanung, um diesen Anforderungen inklusive einer geänderten fachgerechten Rekultivierung zu entsprechen, erklärte Schmitz weiter. Damit steht ab 2030 im rheinischen Revier nur noch der Tagebau Garzweiler zur Verfügung, um die verbleibenden Kraftwerke und die Veredlungsbetriebe bis 2038 zu versorgen.

In der jetzt verabschiedeten Bund-Länder-Vereinbarung wird die energiewirtschaftliche Notwendigkeit des Tagebaus Garzweiler in den Grenzen der Leitentscheidung aus dem Jahr 2016 inklusive des dritten Umsiedlungsabschnitts erneut unterstrichen. Die Kohle unter den betroffenen Orten wird nach Unternehmensangaben bereits ab 2024 benötigt. Die drastische Kapazitätsreduktion im Rheinland wird zu einem „signifikanten Personalabbau“ führen. Das Unternehmen rechnet bereits kurzfristig mit dem Fortfall von 3.000 Stellen, bis 2030 werden etwa 6.000 Arbeitsplätze verloren gehen.

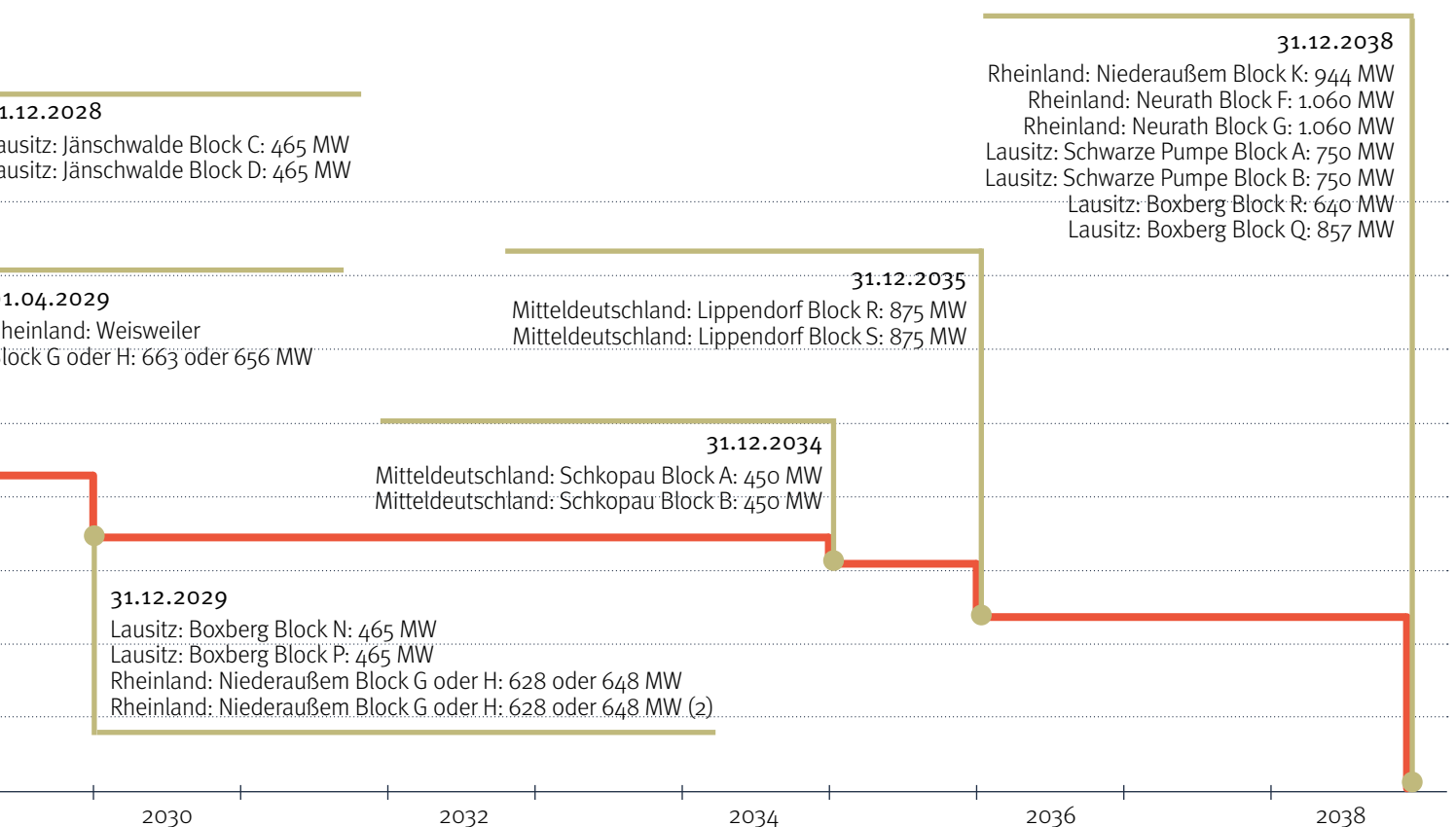
Braunkohle

Deutlicher Rückgang bei Förderung Verstromung und Emissionen

Die CO₂-Emissionen der deutschen Energiewirtschaft lagen Ende 2019 um mehr als 40 Prozent unter dem Ausstoß von 1990 und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des Klimaziels der Bundesregierung für 2020. Zu den maßgeblichen Ursachen



Link
<https://kohlenstatistik.de>



dieser Entwicklung zählen der Rückgang beim Einsatz der Braunkohle sowie verbesserte Kraftwerkstechniken. Allein in diesem Jahr sanken die Treibhausgasemissionen aus der Braunkohle nach Abschätzung des DEBRIV um mehr als 30 Millionen Tonnen (Mio. t). Seit 1990 verringerten sich die Emissionen aus Braunkohle in Deutschland um rund 63 Prozent.

Die inländische Braunkohleförderung erreichte 2019 eine Gesamthöhe von etwa 131 Mio. t. Das waren 35 Mio. t oder gut ein Fünftel weniger als 2018. Damit sank die Förderung zum siebten Mal in Folge. 2012 wurden in damals noch vier Revieren (Rheinland, Lausitz, Mitteldeutschland und Helmstedt) insgesamt 185 Mio. t gefördert.

Die aktuelle Höhe der Braunkohleförderung im Rheinland, der Lausitz und in Mitteldeutschland entspricht dem gesamtdeutschen Niveau des Jahres 1945. Der DEBRIV benannte mehrere Ursachen für die aktuelle Entwicklung: Es wurden weitere Kraftwerke in die gesetzliche Sicherheitsbereitschaft überführt. Ferner gab es 2019 eine deutliche Zunahme der Stromerzeugung aus Windanlagen sowie Erdgas. Ein Beschluss des Oberverwaltungsgerichts (OVG) in Münster führte zu einer deutlichen Förderkürzung im rheinischen Tagebau Hambach. Außerdem waren gegenüber 2018 mehr Kraftwerke infolge von Revisionen nicht betriebsbereit. Der DEBRIV schätzt, dass die Stromerzeugung aus Braunkohle 2019 bei knapp 114 Terawattstunden (TWh) liegt. Das entspricht einem Rückgang um rund 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch die Herstellung von Veredlungsprodukten wie Briketts und Braunkohlestaub hat sich 2019 verringert.

Steinkohle

Halbierung der Verstromung seit 2016

Die in Deutschland zur Verstromung eingesetzten Mengen an Steinkohle haben sich in den zurückliegenden drei Jahren nahezu halbiert, erklärte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Vereins der Kohlenimporteure, Alexander Bethe, anlässlich des traditionellen Neujahrsempfangs des Vereins in Hamburg. „Der Kohleausstieg findet also längst statt,“ sagte Bethe. Bis 2026 sollen auf dem Wege verkürzter Ausschreibungsverfahren weitere 4 GW Kraftwerksleistung stillgelegt werden. Von den Ausschreibungen ausgeschlossen sind Anlagen mit Systemrelevanz sowie Anlagen, die zum Erhalt der Versorgungssicherheit in Süddeutschland notwendig sind.

Der Weltkohlemarkt hat sich 2019 um zwei Prozent auf insgesamt 7,2 Milliarden Tonnen (Mrd. t) ausgeweitet, berichtete der Hauptgeschäftsführer des Vereins, Prof. Dr. Franz-Josef Wodopia, in Hamburg. Weltweit größter Kohleproduzent war erneut China, vor Indien, den USA, Indonesien und Russland. Der Welthandel expandierte um knapp ein Prozent auf 1,29 Mrd. t.

In Deutschland brach der Einsatz von Steinkohle zur Stromerzeugung 2019 um mehr als 30 Prozent ein, berichtete Wodopia. Steinkohle rangiert damit nur noch auf Platz 5 bei der Verstromung hinter Wind, Braunkohle, Erdgas und der auslaufenden Kernenergie. Wodopia macht für diese Entwicklung neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch den verschärften Preiswettbewerb mit dem Erdgas sowie gestiegene CO₂-Preise verantwortlich.

Mit 38,7 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) markierte der gesamte Steinkohleverbrauch in Deutschland ein historisches Tief. Die gesamten Einfuhren erreichten eine Höhe von 40,2 Mio. t und lagen damit um rund 17 Prozent unter dem Vorjahr. Hauptlieferländer waren Russland (45 Prozent), die USA (19 Prozent) sowie Australien (11 Prozent) und Kolumbien (5 Prozent).

Steinkohlekraftwerke stehen dem Ausbau und der Nutzung erneuerbarer Energien in Deutschland nicht im Wege, erklärte Wodopia, ihre Leistung und Fahrweise werden der volatilen Stromeinspeisung der Erneuerbaren angepasst. Zur Sicherung der Stromversorgung seien Steinkohlekraftwerke auch weiterhin erforderlich. Wodopia warnte deshalb vor einer übereilten Stilllegung von Anlagen.



Download
<https://www.kohlenimporteure.de/aktuelle-meldungen/pressemitteilung-01-2020.html>

IMPRESSUM

Herausgeber

DEBRIV - Bundesverband Braunkohle
Am Schillertheater 4 · 10625 Berlin

Öffentlichkeitsarbeit

Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen
Tel: 02271 / 99 57 7 - 34
E-Mail: uwe.maassen@braunkohle.de
Internet: www.braunkohle.de



Bundesverband Braunkohle
DEBRIV@BDebriv

Redaktionsschluss: 07.02.2020
Druckauflage: 3.300 Exemplare